„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday
Subscription price:
In Canada $2.50
to foreign countries ... $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 12. Mai 1926 | 12 Seiten | Nummer 27

Großbritannien leidet unter Generalstreik

Baldwin-Regierung stellt Streikbrecher ein — Notdürftiger Betrieb des Verkehrswesens — Englische Presse lahmgelegt.

Verurteilung des Kommunistenführers Saklatvala — Schwere Ausschreitungen in britischen Städten.

Militär in Kriegsausrüstung aufgeboten.

Hilfsbestrebungen in allen Ländern. — Italien sieht beginnenden Untergang des britischen Reiches.

London. — Der erste Generalstreik, den Großbritannien im Laufe seiner Geschichte erlebt, wächst sich mehr und mehr zu einer ungeheuren Gefahr für das Wirtschaftsleben des Landes aus. In der Nacht vom 3. auf 4. Mai stellten Millionen von Arbeitern ihre Tätigkeit ein, um die Kohlengräber in ihrem Kampf gegen die Regierung und die Bergwerksbesitzer zu unterstützen. Die Regierung, welche schon seit einigen Monaten mit dem Ausbruch eines größeren Ausstandes rechnen konnte, hatte umfassende Vorbereitungen getroffen, um Freiwillige als Streikbrecher einzustellen, welche die lebenswichtigen Betriebe und das Verkehrswesen im Gange halten sollten. Unter Aufbietung aller verfügbaren Kräfte ist eine notdürftige Regelung getroffen. Doch genügen die Maßnahmen natürlich bei weitem nicht, um die gewaltigen Anforderungen der Großstädte vollkommen zu befriedigen. Nur die Lebensmittelversorgung konnte bis jetzt in der Hauptsache durchgeführt werden, weil der Gewerkschaftsrat dabei selbst seine Mitwirkung zugesagt hat. Abgesehen von den Notstandszügen bewegt sich kaum ein Rad auf dem großen Netzwerk der britischen Bahnen. Abgesehen von diesen unentbehrlichen Arbeiten stockt das ganze Geschäfts- und Verkehrsleben. Ueber den Fabriken liegt eine Friedhofsruhe. Wo sonst die Hämmer dröhnten und die Essen rauchten, wo die Webstühle surrten und die Hochöfen glühten, ist es totenstill geworden. Großbritanniens Arbeiterschaft führt einen erbitterten Kampf gegen die verbündeten Mächte der konservativen Regierung und des Großkapitals. Premier Baldwin und sein Kabinett müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie durch ihre einseitige Stellungnahme gegen die Gewerkschaften und durch ihre ungenügende Vermittlungstätigkeit vor Ausbruch des Streiks sich mitschuldig gemacht haben an einer Katastrophe, welche der britischen Wirtschaft täglich einen Schaden von Millionen Pfund zufügt und dem Ansehen des britischen Reiches in der Welt einen schweren Schlag versetzt.

A. J. Cook, der Führer des Bergarbeiterverbandes, erklärte bei Ausbruch des Streikes: „Die Regierung hat bis zur letzten Minute für die Zechenbesitzer Partei ergriffen, indem sie sich auf den Standpunkt stellte, daß das Gutachten der Kohlenkommission eine sofortige Lohnerniedrigung notwendig mache. Dazu haben wir unsere Zustimmung versagt und werden mit Hilfe der ganzen Gewerkschaftsbewegung unsere Weigerung aufrecht erhalten. Die einzigen Friedensbedingungen, die wir annehmen würden, sind solche, die den Kohlengräbern während der Reorganisation der Industrie den status alto sichern würden."

Da auch das Personal der Druckereien sich am Streike beteiligt und infolgedessen keine von den großen englischen Zeitungen erscheinen kann, hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, ein offizielles Blatt, „The British Gazette", herauszugeben, um damit das Publikum gegen die Arbeiterschaft scharf zu machen. Um die Wirkung dieser Propagandaschrift Baldwins etwas abzuschwächen, ließen auch die Gewerkschaften eine besondere Streikausgabe des „Daily Herald", betitelt „British Workman", erscheinen. Es ist aber dennoch unmöglich, alle englischen Familien mit dem nötigen Lesestoff zu versorgen.

In dem offiziellen Regierungsblatt „The British Gazette" erklärte Baldwin den Generalstreik als eine Herausforderung des Parlaments und als den Weg, der zur Anarchie und zum Verderben führe. Er forderte alle guten Bürger auf, der Regierung beizustehen, um die Freiheit und die Rechte des Volkes der britischen Inseln zu wahren.

Erregte Debatte im Unterhaus.

Die Wogen des Generalstreiks drangen bis in die geheiligten Räume des britischen Parlaments. Hier errang die Regierung einen Sieg, indem die Notstandsvorlage mit Maßnahmen zur Kontrolle der Streiklage gegen die allerdings Opposition der Arbeiterpartei angenommen wurde. Ein von den Parlamentariern der Arbeiterpartei gestellter Zusatzantrag wurde mit 317 gegen 95 Stimmen abgelehnt.

Die Debatte gestaltete sich überaus hitzig. Joseph Baten, ein Mitglied der Arbeiterpartei, warf der Regierung vor, daß sie durch ihre Maßnahmen die Zechenbesitzer in dem Versuch, die Kohlengräber auszuhungern, unterstütze. Er sagte, die Regierung habe kein Recht, eine Verordnung zu verlangen, die es den Zechenbesitzern erleichtern würde, den Betrieb der Kohlengruben mit Hilfe von Streikbrechern aufrecht zu erhalten. Baten warnte die Regierung, daß ein Versuch, die Gruben während des Streiks in Betrieb zu setzen, Ausschreitungen zur Folge haben würde.

Der Konservative Sir Douglas Hogg erwiderte, die Zumutung, daß Leuten wegen des Widerstandes einer Körperschaft organisierter Arbeiter nicht gestattet werden soll, ihr eigenes Geschäft zu betreiben, sei die beste Rechtfertigung. Diese Antwort rief auf Seite der Konservativen Beifall hervor, während das Arbeiterpartei-Mitglied Morgan Jones erklärte, die Worte Hoggs seien die aufreizendsten, die je im Parlament geäußert worden. Hogg habe die Kohlengräber herausgefordert und diese seien bereit, die Herausforderung anzunehmen, die Hogg vielleicht noch bereuen werde. Jack Jones, ein anderes Arbeiterparteimitglied, sagte, die Regierung erkläre durch die vorgeschlagenen Maßnahmen der Arbeiterschaft den Krieg.

Besondere Opposition wurde seitens der Arbeiterabgeordneten jenem Teil der Klausel zum Schutz des Eigentums entgegengebracht, in dem es heißt, daß eine Person sich durch Annäherung an das Eigentum von Bahnen und gemeinnützigen öffentlichen Anlagen auch dann eines Vergehens schuldig mache, wenn keine Schädigung erfolgte. Eine Verhaftung konne vorgenommen werden, „wenn das Verhalten oder der bekannte Charakter der betreffenden Person derartig sei, daß angenommen werden könne, sie habe eine Schädigung im Sinne."

Die Arbeiterabgeordneten versuchten vergeblich den Ausdruck „bekannter Charakter" aus der Vorlage auszumerzen oder näher zu bestimmen.

Einen beunruhigenden Umstand erblickt man ferner darin, daß der Regierung durch die vom Unterhause angenommene Notstandsvorlage das Recht gegeben würde, alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge zu verbieten. Der Verlauf der Debatte ließ keinen Zweifel darüber, daß die Regierung von diesem Rechte allen Gebrauch zu machen gedenkt.

Verurteilung des Kommunisten Saklatvala.

Die Regierung Baldwin glaubte der kommunistischen Agitation, welche durch den Generalstreik neue Nahrung erhalten hat, einen Dämpfer aufsetzen zu können, wenn sie einen der hartnäckigsten Gegner des alten britischen Regierungssystems, den In der Shapurji Saklatvala, mundtot mache. Sie ließ ihn, der das einzige kommunistische Mitglied des Unterhauses ist, verhaften, weil er im Hyde Park eine aufrührerische Rede gehalten haben soll. Wie in seinen früheren Reden griff Saklatvala auch diesmal wieder den „Union Jack" an und schilderte die „Unterdrückung fremder Rassen in anderen Teilen des britischen Reiches. Saklatvala wurde vom Gericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht stellte ihm anheim, Bürgschaft zu geben, daß er sich jeder weiteren friedensstörenden Handlung enthalten würde, er zog es aber vor, die über ihn verhängte Strafe anzutreten, um in den Augen seiner Anhänger als Märtyrer für seine Ueberzeugung dazustehen.

Saklatvala führte vor Gericht seine eigene Verteidigung. Bezüglich der von ihm verlangten Bürgschaft meinte er, ebensogut könnte man von Premier Baldwin „wegen dessen Rede gegen einen Teil des Gemeinwesens" verlangen, die Frieden zu wahren. Er erklärte, daß er nie die Absicht hatte, die Massen zu Unruhen aufzureizen oder zu einem Friedensbruch zu ermutigen.

Ernste Unruhen in britischen Städten ausgebrochen.

Die Verurteilung Saklatvalas hat anscheinend nicht genügend abschreckend auf den radikalen Teil der Arbeiterschaft gewirkt. Denn alsbald brachen bald da und bald dort Unruhen aus. In verschiedenen Vororten bezirken von London und Glasgow, wie insbesondere in schottischen Städten, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei. In London wurden Zeitungsverkäufer überfallen, welche die Regierungsblätter unter das Publikum bringen wollten. In Middlesbrough wurden streikbrechende Eisenbahner schwer verwundet, als ein Zug von den Arbeitern aufgehalten wurde. Im Seehafen Hull drängen Tausende von Streikenden in den Mittelpunkt der Stadt ein und legten den Verkehr der Omnibusse lahm. In Glasgow bombardierten die Arbeiter die Polizei mit Steinen und anderen Wurfgeschossen. Aus anderen Teilen des Landes und namentlich der großen Städte liegen ähnliche Berichte vor, doch verhindert die Regierung das Bekanntwerden der genauen Umstände, unter denen die Unruhen vor sich gehen. Soviel steht fest, daß überall zahlreiche Verhaftungen von Ruhestörern vorkamen und daß kommunistische Bureaus durchsucht wurden, wobei revolutionäre Schriften und Flugblätter beschlagnahmt wurden.

Die drohende Haltung der Massen gegen die Polizei und die stündlich zunehmende Verschärfung des Generalstreiks haben die Regierungskreise und die besitzenden Klassen der Bevölkerung ziemlich nervös gemacht. Infolgedessen sind die Truppen in voller Kriegsausrüstung aufgeboten worden. Sie patrouillieren in den Straßen der Städte, beschützen die Lebensmitteltransporte und halten Wacht vor den Wasser- und Gaswerken, damit nicht auch noch diese Betriebe ganz lahmgelegt werden. Das Militär tritt in Stahlhelmen, mit Waffen aller Art und mit Panzerautos auf, als ob es sich darum handle, auf die Angriffe eines bis jetzt noch unsichtbaren Feindes gerüstet zu sein.

Der Gewerkschaftsführer J. H. Thomas, ein ehemaliger Minister der Arbeiterregierung, mahnt zwar in allen Zusammenkünften mit den Streikenden zur Ruhe und Besonnenheit. Doch ist es fraglich, ob die furchtbare Verelendung der Massen noch länger die Nervenspannung ertragen kann, welche durch die Untätigkeit und Verdrossenheit gesteigert wird. Hinzu kommt noch, daß viele Arbeiter, die von ihren Verbänden gar nicht zum Streike aufgefordert worden sind, freiwillig ihre Tätigkeit aufgeben und sich dem Generalstreik anschließen. Das deutet darauf hin, daß die Gewerkschaftsführer schon zum Teil die Kontrolle über ihre Leute verloren haben. Unter diesem Drucke von unten scheinen die verantwortlichen Leiter den Gedanken zu erwägen, ob es nicht an der Zeit sei, die zweite Linie, die Reserve, aus den Betrieben herauszurufen. Dazu werden die Seeleute, die Gas- und Wasserwerksarbeiter, die elektrischen Arbeiter, die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schuhfabriken usw. gehören.

Baldwin bläst die Friedensschalmei.

Premier Stanley Baldwin, der sich im Anfange den Anschein gab, als ob er Herr der Lage sei, schlägt jetzt bereits einen milderen Ton an und gefährdet sich als Friedensstifter. Er erklärt:

„Ich möchte es klar zu verstehen geben, daß die Regierung nicht daran denkt, für eine Herabsetzung der Lebensweise der Bergarbeiter oder einer anderen Arbeitergruppe zu kämpfen. Kein ehrlicher Mensch kann daran zweifeln, daß es mein einziger Wunsch ist, die Lebenshaltung eines jeden Arbeiters zu schützen, und daß ich bereit bin, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben, auf daß sie jedes Opfer bringen, das sich mit der Erhaltung der Industrie vereinbaren läßt. Wir sind bereit, sobald die Umstände es gestatten, mit den Unternehmern und Bergleuten uns zu beraten und die Regierung wird dafür Vorschläge bereit halten. Der Gewerkschaftskongreß braucht nur den Generalstreik zu widerrufen, und wir werden sofort mit äußerster Sorgfalt und Geduld die schwierige Aufgabe übernehmen, die Kohlenindustrie auf eine wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Ich bin ein Mann des Friedens. Ich lebe, arbeite und bete für den Frieden, aber ich kann die Sicherheit der britischen Verfassung nicht im Stich lassen. Ihr könnt das Vertrauen zu mir haben, daß ich einen gerechten Ausgleich für jede Partei erstrebe."

Bisher zeigt keine der beiden Seiten eine Neigung zum Nachgeben. Im Gegenteil tritt auf beiden Seiten eine Tendenz zur Anwendung von schärferen Mitteln zutage. Die Regierung wirbt Tausende von weiteren Freiwilligen an, um die Streiker zu ersetzen und beschloß, die Londoner Polizeimannschaft auf 80,000 Mann zu verstärken. 50,000 Leute werden so schnell als möglich eingestellt. Die regelmäßige Polizei ist 30,000 Mann stark.

Im Grubendistrikt von Wales beginnen die Streiker unter Hunger zu leiden. Hunderte Familien von Bergleuten suchten um Armenhilfe nach. In den dicht besiedelten Bezirken von London wurde die Polizei verstärkt, um möglicher Plünderung von Läden vorzubeugen.

Starker Widerhall des britischen Generalstreiks in der ganzen Welt

Wie aus den Meldungen aus fast allen Ländern hervorgeht, hat der britische Generalstreik in den verschiedensten Teilen der Welt einen starken Widerhall gefunden.

Hilfe durch russische Arbeiter.

Moskau, 8. Mai. — Der russische Gewerkschaftsrat hat alle Gewerkschaftsarbeiter aufgefordert, ein Viertel eines Tagelohnes für die britischen Streiker beizusteuern. Die Summe wird auf $1,800,000 geschätzt. Abgesehen davon sind in Rußland etwa $500,000 gesammelt. Viele Zeitungen nehmen Beiträge entgegen. Die russischen Häfen und Arbeitergewerkschaften behandeln keine nach England bestimmten Waren. In Leningrad, Kharkow und andern Mittelpunkten wurden Sympathiebeversammlungen für die Streiker veranstaltet.

Die dritte Arbeiter-Internationale hat sich in einer Proklamation an die Arbeiter aller Länder gewandt mit der Aufforderung zur Unterstützung

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Fortsetzung des Krieges in Marokko

Nach Abbruch der Friedensverhandlungen.

Rabat, Französisch Marokko, 7. Mai. — Die ersten Kämpfe seit Auflösung der marokkanischen Friedenskonferenz begannen heute. Französische Flieger bewerfen wichtige Riffstellungen mit Bomben. Die im östlichen Abschnitt zusammengezogenen französischen Truppen begannen in der Gegend von Kert in Verbindung mit den Spaniern eine Bewegung. Sie drangen auf Azi De Midar vor.

Udschda, Französ. Marokko, 6. Mai. — Die Friedenskonferenz zwischen den Riffkabylen und den Delegaten Frankreichs und Spaniens ist heute zusammengebrochen. Die Vertreter der Riffstämme, die heute von ihren Beratungen mit Abd el Krim nach Udschda zurückkehrten, erklärten in der Zusammenkunft mit den Delegaten der Protektionsmächte, daß sie von ihrem früheren Standpunkt nicht abgehen können.

Nach Entgegennahme dieser Erklärung wurde die Konferenz von General Simon, dem französischen Hauptdelegaten, aufgehoben und die Unterhandlung über einen Friedensschluß als beendet erklärt.

In der offiziellen französischen und spanischen Erklärung wird betont, daß die beiden europäischen Großmächte, Abd-el-Krim hinreichend Gelegenheit geboten hätten, Frieden zu schließen, daß aber die Kabylen kategorisch jedes Zugeständnis abgelehnt hätten, weshalb den europäischen Mächten nichts anderes übrig bleibe, als gegen die Riffioten weiter Krieg zu führen.

In der heutigen Sitzung der Konferenz legten die Vertreter der Kabylen Gegenvorschläge vor, die aber von den Franzosen und Spaniern sofort zurückgewiesen wurden. General Simon, der französische Vorsitzende der Konferenz, sagte ihnen, die Verhandlungen hätten lange genug gedauert und sie (die Vertreter der Kabylen) seien nicht zu dem Zweck anwesend, um Gegenforderungen zu stellen, sondern blos um die ihnen am 1. Mai überreichten endgültigen Friedensbedingungen anzunehmen oder abzulehnen." Nachdem die Kabylendelegaten erklärt hatten, unter diesen Umständen die Bedingungen ablehnen zu müssen, sagte General Simon: „Dann gibt es Krieg. Sie haben uns dazu gezwungen."

Später wurde mitgeteilt, daß die Franzosen ihr militärisches Hauptquartier in Taza eingerichtet haben und daß mit den militärischen Operationen begonnen werden wird.

Oesterreichische Anbauversuche mit canadischem Weizen

Winnipeg. — Die Abteilung der Canadian National Railways für Kolonisation, Landwirtschaft und Naturwerte in Winnipeg hat von dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Ramek ein Schreiben erhalten, in welchem er den Empfang einer Probe von canadischem Hartweizen Nr. 1, die an ihn im letzten Januar geschickt worden war, bestätigt. Kanzler Dr. Ramek schreibt unter anderem:

„Dieses Produkt, das ein hoch qualifiziertes und in der ganzen Welt wohlbekanntes Saatgut darstellt, ist für uns sehr wertvoll. Wir haben es sofort an das österreichische Bundesinstitut für Analyse gesandt, um damit weitere Anbauversuche zu unternehmen. Das Landwirtschaftsministerium wird für Verbreitung dieser Getreideart zur Förderung des österreichischen Ackerbaues Sorge tragen."

Völlige Fürstenenteignung abgelehnt

Berlin, 18. Mai. — Der Reichstag hat die auf Grund des Volksbegehrens eingebrachte Vorlage über die entschädigungslose Enteignung des Besitztums der früheren Herrscherfamilien in zweiter Lesung mit 236 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Für die Annahme stimmten nur die Sozialisten und Kommunisten.

Da alle Bestimmungen der Vorlage zurückgewiesen wurden, sah der Reichstag von einer dritten Lesung ab und schickte den Gesetzentwurf der Regierung zurück.

Immer noch Debatte über das canadische Budget

Konservative lehnen mitteleuropäische und amerikanische Wareneinfuhr ab.

Abgeordneter McPhee von Yorkton verteidigt Fremdgeborene.

Ottawa. — Obwohl in den letzten Wochen schon reichlich Gelegenheit zur Besprechung des canadischen Budgets geboten war, ist der Redestrom doch noch nicht versiegt. Unter anderen ergriff der Konservative Hon. Robert Rogers von Süd Winnipeg das Wort, um zunächst ein Klagelied über die Regierungsverhältnisse in Canada anzustimmen. Es fehle, so meinte er, dem Lande eine stabile, verantwortliche Regierung. Der Redner erinnerte im Zusammenhang damit den Premier Mackenzie King daran, daß er während des letzten Wahlkampfes erklärt habe, weder eine Gruppenregierung noch eine Minderheitsregierung könne den Bedürfnissen Canadas gerecht werden. Der Premier müsse wohl selbst zugeben, daß unter der jetzigen Lage die Interessen des Landes nicht gefördert werden könnten. Die Politik der Konservativen in Canada sei es jedoch, den heimischen Herd zu schützen und dafür zu sorgen, daß das canadische Kapital und die canadische Menschenkraft in Canada und nicht in den Ver. Staaten angelegt werde. Die konservative Partei glaube, daß eine gesunde Entwicklung des inneren Marktes Canadas bedeutendes Ziel sein solle. Nun holte der Redner zu einer gehässigen Aeußerung gegen die Einfuhr aus Mitteleuropa aus, indem er hinzufügte, die Konservativen seien nicht der Auffassung, daß Mitteleuropa das Vorrecht haben solle, mit dem von armen Arbeitern geschaffenen Produkten preisdrückend auf dem canadischen Markt zu wirken. Doch auch den amerikanischen Erzeugnissen steht Rogers feindselig gegenüber.

Zu einer lächerlichen Bemerkung veritieg sich der konservative Redner, als er ausrief: „Die größten Feinde, mit denen die Farmer des Westens um eine angemessene Entlohnung ihrer Arbeit zu kämpfen haben, sind der Abgeordnete von Brandon (Robert Forke) und der Abgeordnete von Regina (Hon. Chas. Dunning).

Auf liberaler Seite trat der Abgeordnete für Yorkton, George W. McPhee, gegen die Verhetzung auf, welche von konservativer Seite im Zusammenhang mit der Erwählung Premier Kings in Prince Albert betrieben worden war. Damals habe man darauf hingewiesen, daß im Wahlkreis von Prince Albert viele Fremdgeborene leben und man habe diese mit den Eskimos auf eine Stufe gestellt. Dieser konservativen Agitation gegenüber betonte McPhee, Saskatchewan habe viele Bürger, die in fremden Ländern geboren worden seien, aber es sei stolz auf den Fleiß und die politische Gesinnung dieser Leute. In Saskatchewan mache man keine Unterschiede, so harmonisch leben die verschiedenen Rassen zusammen. Anderwärts sei man nicht so weitherzig und tolerant.

Der Abgeordnete C. R. McIntosh von North Battleford wandte sich gegen die Bemerkung, welche Rogers über Dunning gemacht hat und schilderte die angebene Stellung, welche er in Saskatchewan innegehabt habe. Ferner verteidigte er das von Minister Robb eingebrachte Budget. Man solle auch hier Ehre geben, wem Ehre gebühre. Besonders wies er hin auf die gute Entwicklung des canadischen Ausfuhrhandels, der unter der klugen Politik der canadischen Regierung noch größere Ausmaße erreichen werde.

Letzte Frist zum Umtausch deutscher Reichs-Anleihen

Der Sonderkommissar für die deutschen Reichsanleihen, Hans Krüger in Montreal, teilt dem „Courier" mit, daß am 15. Mai 1926 die Frist für die Anmeldung zum Umtausch solcher Reichsanleihen und vom Reich übernommener Staatsanleihen — wie Preußische Consols — abläuft, die vor dem 1. Juli 1920 erworben und seitdem ununterbrochen im Besitze des Gegenwärtigen gewesen sind.

Mir Anmeldungen für den Umtausch solcher Altbesitzes werden bis zum 15. Mai bei der Banque Canadienne Nationale, 112 St. James Street, Montreal, oder einer der Zweigstellen dieser Bank in Canada entgegengenommen. Dort sind auch die nötigen Formulare erhältlich.

Der Zeitpunkt für den Umtausch von Reichsanleihen, die nach dem 30. Juni 1920 erworben sind, sowie aller übrigen Staats- und Städteanleihen ist noch nicht bestimmt, wird aber rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Franzosen „säubern" Damaskus.

Damaskus, 7. Mai. — Im Midan Stadtteil unternahmen heute die Franzosen eine sogenannte „Säuberungs-Aktion". Sie stießen mit einer Bande zusammen und töteten im Verlauf des sich entspinnenden Gefechtes 50 Mann.

Neuer deutscher Flaggenstreit

Gefährdung der Regierungs-Koalition.

Scharfe Proteste der Republikaner gegen Verwendung der kaiserl. Flagge.

Berlin, 5. Mai. — Zu den vielen innerpolitischen Problemen, die eine Quelle ernster Beunruhigung bilden, ist ein neues hinzugetreten, das durch einen Beschluß des Kabinetts entstanden ist. Das Kabinett hat nämlich die Verfügung getroffen, daß auf den Gebäuden der deutschen diplomatischen Vertretungen und der Konsulate im Ausland neben der Flagge der Republik auch die schwarz weiß rote Handelsmarine Flagge gehißt werden soll.

Als bekannt wurde, daß dieser Kabinettsbeschluß vom Präsidenten von Hindenburg unterzeichnet wurde, veranstalteten zahlende Mitglieder republikanischer Organisation nach Abhaltung von Massenversammlungen Straßenkundgebungen, bei denen unter Absingung republikanischer Lieder „gegen die Wiedereinführung des Fetzen des Kaisers" protestiert wurde.

Die sozialistische und die kommunistische Partei beschlossen, im Reichstag Anträge zu stellen, durch die der Reichsregierung das Vertrauen abgesprochen werden soll und die Demokraten und Zentrumsmitglieder erklärten, für eine Rüge der Regierung stimmen zu wollen. Es heißt auch, daß bei Aufrechterhaltung des Flaggendekrets die Demokraten aus dem Kabinett austreten würden.

Das Kabinett hat infolge der großen Opposition den ursprünglichen Beschluß geändert und verfügt, daß die Bestimmung in erster Linie nur für alle diplomatischen Vertretungen und Konsulate in nichteuropäischen Ländern und in Europa nur für die Seehafenstädte gelten soll.

Mit diesem Zugeständnis sind jedoch die opponierenden Parteien nicht zufrieden.

Die schwarz-weiß-rote Handelsflagge der deutschen Republik wurde wohl in der Weimarer Verfassung neben der schwarz-rot-goldenen Flagge der Republik angekannt, doch war es bisher üblich, auf Amtsgebäuden nur letztere zu hissen. Schiffahrtsinteressenten behaupteten, daß bei dem Umstande, als die republikanischen Farben im Auslande so gut wie unbekannt wären, der deutsche Handel behindert werde, weshalb sie sich dafür einsetzten, daß auf den ausländischen Amtsgebäuden der Reichsregierung neben der Flagge der Republik auch die Handelsflagge wehen soll. Das Kabinett hat diesem Wunsche der Schiffahrtsinteressen entsprochen, aber die Parteien der Linken behaupten, es wäre ein verschleierter Versuch, die Farben des Kaiserreiches wieder einzuführen.